

### Inhaltsverzeichnis

#### 1. Konjunktur

- **Energieintensive Industrien erholen sich, Produktion gestiegen**
- **Inflation fällt weiter**
- **Exporte steigen wieder**

#### 2. Unternehmen

- **Konjunktur belastet den Mittelstand**
- **Firmenpleiten auf Rekordniveau**
- **Geschäftsklima Selbständiger gefallen**
- **Kredithürde für KMU gestiegen**

#### 3. Politik

- **Bedeutung der USA als deutscher Handelspartner gestiegen**
- **Hubertus Heil will 14 Euro Mindestlohn**

#### 1. Konjunktur

##### Energieintensive Industrien erholen sich, Produktion im August gestiegen<sup>1</sup>

Die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe ist im August 2024 im Vergleich zum Vormonat gestiegen. Trotz dieses Anstiegs zeigt der Dreimonatsvergleich einen Rückgang der Produktion gegenüber den drei Monaten zuvor. Die Produktion im Juli 2024 wurde nachträglich etwas stärker gesenkt als ursprünglich gemeldet. Im Vergleich zum August 2023 lag die Produktion im August 2024 unterhalb des Vorjahresniveaus. Insgesamt bleibt die Produktion damit in einem abwärts gerichteten Trend.

Die Automobilproduktion zeigt derzeit starke monatliche Schwankungen und beeinflusst die Gesamtproduktion im Verarbeitenden Gewerbe. Im August 2024 stieg die Produktion von Kraftwagen und -teilen deutlich an, nachdem sie im Juli gesunken war. Auch die Industrieproduktion insgesamt verzeichnete im August einen Anstieg, wobei besonders die

Investitionsgüterproduktion stark zulegte. Die Vorleistungsgüterproduktion blieb nahezu unverändert, während die Konsumgüterproduktion stabil blieb.

##### **Produktion im Verarbeitenden Gewerbe** Saison- und kalenderbereinigt; 2015=100



Quelle: Destatis (2024)

Außerhalb der Industrie stiegen sowohl die Energieerzeugung als auch die Bauproduktion leicht an. Die Produktion in den energieintensiven Industriezweigen stieg im August 2024 im Vergleich zum Juli leicht an. Im Dreimonatsvergleich zeigt sich ebenfalls ein moderater Anstieg der Produktion. Im Vergleich zum August des Vorjahres lag die Produktion in diesen Branchen deutlich höher. Insgesamt verzeichneten die energieintensiven Industrien damit eine positive Entwicklung. Die monatlichen Veränderungen blieben jedoch gering.

##### Inflation fällt weiter<sup>2</sup>

Im September 2024 lag die Inflationsrate in Deutschland bei 1,6 Prozent und blieb damit weiterhin unter zwei Prozent. Bereits im August war die Inflationsrate leicht zurückgegangen, nachdem sie im Juli noch auf einem höheren Niveau gelegen hat. Besonders die gesunkenen Energiepreise trugen im September maßgeblich zur Dämpfung der Inflation bei. Dem entgegen standen die überdurchschnittlichen Preiserhöhungen im Dienstleistungssektor, die inflationssteigernd

<sup>1</sup> Statistisches Bundesamt (08.10.2024): [Produktion im August 2024: +2,9 % zum Vormonat](#)

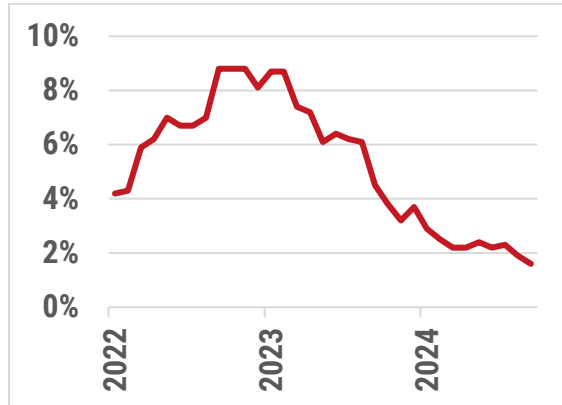
<sup>2</sup> Statistisches Bundesamt (11.10.2024): [Inflationsrate im September 2024 bei +1,6 %](#)

# BVMW-Intern

## Ökonomiebriefing 2024/KW43 25.10.2024

wirkten. Im Vergleich zum August blieben die Verbraucherpreise insgesamt unverändert.

### Inflationsrate in Prozent



Quelle: Destatis (2024)

Die Preise für Energieprodukte lagen im September 2024 deutlich unter dem Niveau des Vorjahres. Der Preisrückgang hat sich weiter verstärkt, besonders bei Kraftstoffen und Haushaltsenergie. Verbraucherinnen und Verbraucher profitierten insbesondere von stark gesunkenen Preisen für Heizöl, Brennholz und Strom. Auch Erdgas war im Vergleich zum Vorjahr günstiger, während Fernwärme erheblich teurer blieb.

Die Preise für Dienstleistungen lagen im September 2024 deutlich über der allgemeinen Inflationsrate und stiegen um 3,8 Prozent im Vorjahresvergleich. Besonders stark verteuerten sich auch Versicherungen, soziale Dienstleistungen und Gaststättendienstleistungen. Auch die Kosten für Fahrzeugreparaturen, Auslandsreisen sowie Wasserversorgung stiegen merklich an. Die Nettokaltmieten wiesen ebenfalls eine überdurchschnittliche Teuerungsrate auf. Einige Dienstleistungen, wie internationale Flugtickets und Telekommunikationsdienste, waren hingegen günstiger als ein Jahr zuvor.

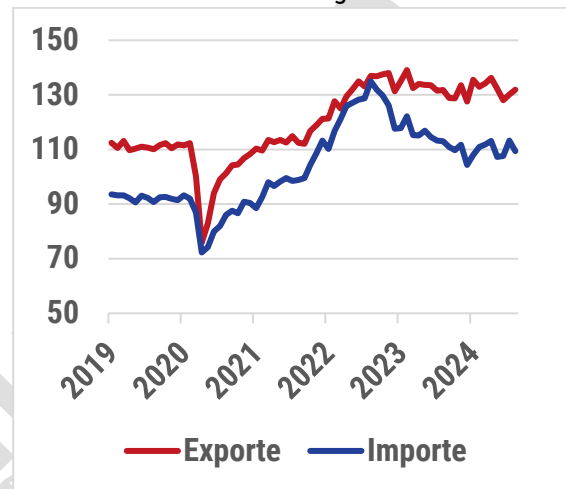
### Exporte steigen wieder<sup>3</sup>

Im August 2024 wurden aus Deutschland kalender- und saisonbereinigt Waren im Wert von 131,9 Milliarden Euro exportiert und Waren im Wert von 109,4 Milliarden Euro importiert.

Daraus ergab sich ein Außenhandelsüberschuss von 22,5 Milliarden Euro, höher als im Juli 2024 und August des Vorjahres. Die Exporte in die EU-Mitgliedsstaaten beliefen sich auf 72,7 Milliarden Euro, während die Importe aus diesen Ländern 57,4 Milliarden Euro betragen. Im Vergleich zum Juli 2024 stiegen die Exporte in die EU leicht an, während die Importe deutlich sanken.

### Exporte und Importe in Mrd. EUR

Saison- und kalenderbereinigt



Quelle: Destatis (2024)

Waren im Wert von 59,2 Milliarden Euro wurden im August 2024 in Drittstaaten exportiert, während Importe aus diesen Ländern 52 Milliarden Euro betragen. Die Exporte in die Drittstaaten stiegen im Vergleich zum Juli leicht an, während die Importe aus diesen Ländern zurückgingen. Besonders stark wuchsen die Exporte in die USA, gefolgt von Zuwächsen der Exporte nach China und Großbritannien. Importe aus China sanken leicht, während Importe aus den USA stiegen und die Importe aus Großbritannien geringfügig zurückgingen. Der Handel mit Russland blieb auf sehr niedrigem Niveau, mit deutlichen Rückgängen bei den Exporten und noch stärkeren Einbrüchen bei den Importen.

<sup>3</sup> Statistisches Bundesamt (09.10.2024): [Exporte im August 2024: +1,3 % zum Juli 2024](#)

## 2. Unternehmen

### Konjunktur belastet den Mittelstand<sup>4</sup>

Das KfW-Mittelstandspanel 2024 zeigt, dass der Mittelstand im vergangenen Jahr unter dem krisenhaften Umfeld litt. Trotz hoher Inflation sanken die nominalen Umsätze der mittelständischen Unternehmen, während die realen Verluste noch deutlicher ausfielen. Die Profitabilität blieb insgesamt stabil, jedoch haben besonders kleinere Unternehmen und wissensintensive Dienstleister mit sinkender Ertragskraft zu kämpfen. Viele Unternehmen erwarten für 2024 weitere Kostensteigerungen und eine Verschlechterung ihrer Ertragslage. Trotz dieser Herausforderungen erwies sich der Mittelstand weiterhin als wichtiger Beschäftigungsmotor und verzeichnete 2023 einen deutlichen Zuwachs an Erwerbstätigen.

Die Kapitalstruktur im Mittelstand bleibt 2023 insgesamt stabil, jedoch zeigt sich eine strukturelle Verschlechterung bei der Eigenkapitalausstattung. Während größere Unternehmen ihr Eigenkapital weiter ausbauen konnten, sank die Eigenkapitalquote besonders bei kleineren Unternehmen. Die Investitionsbereitschaft im Mittelstand war aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen rückläufig, und der Anteil investierender Unternehmen erreichte fast ein Allzeittief. Trotz eines nominalen Anstiegs der Neuinvestitionen waren die realen Investitionen im Minus. Haupthemmnisse für Investitionen waren hohe Kosten, die gesamtwirtschaftliche Lage und gesetzliche Vorgaben, während Finanzierungskosten eine geringere Rolle spielten.

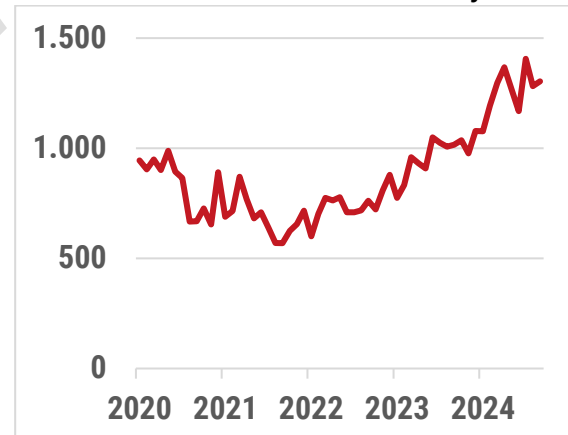
Das Finanzierungsklima für den Mittelstand hat sich 2023 verschlechtert, insbesondere durch hohe Zinsen und eine straffe Kreditpolitik. Die Nachfrage nach Investitionskrediten sank deutlich, und die Erfolgsquote bei Kreditverhandlungen nahm ab, während die Ablehnungsquote stieg. Kleine Unternehmen waren besonders

stark von den verschärften Kreditbedingungen betroffen. Obwohl die Zahl der Unternehmen mit Bankkrediten im Finanzierungsmix stark zurückging, stieg das Volumen der tatsächlich aufgenommenen Kredite durch einen Zuwachs bei Großkrediten leicht an. Der Zinsaufwand für mittelständische Unternehmen stieg im Jahr 2023 erheblich, blieb jedoch tragbar, und die Schulden-tragfähigkeit der meisten Unternehmen war weiterhin stabil.

### Firmenpleiten auf Rekordniveau<sup>5</sup>

Laut Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) ist die Zahl der Insolvenzen von Personen- und Kapitalgesellschaften in Deutschland im September 2024 deutlich gestiegen. Im dritten Quartal 2024 erreichte die Zahl der Insolvenzen den höchsten Stand seit Mitte 2010. Im Vergleich zum Vormonat und zum September 2023 ist die Zahl der Insolvenzen gestiegen. Der aktuelle Wert liegt deutlich über dem Durchschnitt der Jahre 2016 bis 2019. Die Zahlen verdeutlichen den zunehmenden Druck auf deutsche Unternehmen.

#### Anzahl der Insolvenzen in Deutschland je Monat



Quelle: IWH (2024)

Schließungen großer Arbeitgeber führen oft zu erheblichen Einkommens- und Arbeitsplatzverlusten. Im September 2024 waren in den größten zehn Prozent der insolventen Unternehmen fast 23.000 Arbeitsplätze betroffen. Dies entspricht

<sup>4</sup> KfW Research (15.10.2024): [KfW-Mittelstandspanel 2024. Mittelstand kann sich Konjunkturfalche nicht entziehen](#)

<sup>5</sup> IWH Halle (10.10.2024): [IWH-Insolvenztrend: Zahl der Firmenpleiten im September gestiegen, drittes Quartal 2024 erreicht damit Rekordwerte](#)

# BVMW-Intern

## Ökonomiebriefing 2024/KW43 25.10.2024

einem deutlichen Anstieg gegenüber dem Vormonat und liegt weit über den typischen Werten der Vor-Corona-Jahre. Im dritten Quartal 2024 wurde mit 3.991 Insolvenzen die höchste Zahl in den letzten 14 Jahren verzeichnet. Besonders stark betroffen waren Bayern und Baden-Württemberg. Hinsichtlich der Branchen betreffen die Insolvenzen vor allem unternehmensnahen Dienstleistungen und das Grundstücks- und Wohnungswesen.

### Geschäftsklima Selbständiger gefallen<sup>6</sup>

Das Geschäftsklima Selbständiger hat sich im September weiter verschlechtert. Der „Jimdo-ifo-Geschäftsklimaindex“ sank und näherte sich dem Tiefpunkt vom Jahresbeginn an. Während die aktuelle Lage von den Selbständigen etwas weniger negativ eingeschätzt wurde, verschlechterte sich der Ausblick auf die kommenden Monate deutlich. Hauptgrund für die negative Stimmung ist die anhaltende konjunkturelle Schwäche und der Mangel an neuen Aufträgen. Dies setzt die Selbständigen spürbar unter Druck.

Ein positiver Aspekt zeigt sich im Tourismus und Gastgewerbe, wo die Geschäfte im Vergleich zum Vormonat etwas besser liefen. Im Gegensatz dazu verschlechterte sich das Geschäftsklima bei den IT-Dienstleistern und erreichte ein Langzeittief. Die Kreditnachfrage im dritten Quartal 2024 blieb insgesamt gering, ähnlich wie im Vorquartal. Dennoch berichten Soloselbständige und Kleinstunternehmen zunehmend von Schwierigkeiten, Kredite zu erhalten. Der Anteil derjenigen, die das Verhalten der Banken als restriktiv empfingen, stieg leicht an.

### Kredithürde für KMU gestiegen

Die erhoffte wirtschaftliche Erholung in Deutschland bleibt aus. Unternehmen bewerten sowohl die aktuelle Lage als auch die Zukunftsaussichten weiterhin pessimistisch. Dies führt zu einer

deutlich gesunkenen Investitionsbereitschaft, was sich nun auch auf die Kreditnachfrage auswirkt. Im dritten Quartal 2024 sank der Anteil der Großunternehmen, die Kreditverhandlungen führten, spürbar, während bei kleinen und mittleren Unternehmen die Nachfrage auf einem konstant niedrigen Niveau verharrt. Seit 2021 zeigt sich hier keine wirkliche Erholung, und die Kreditnachfrage bleibt verhalten.

Neben der schwachen Nachfrage trägt auch das restriktive Verhalten der Banken dazu bei, dass die Kreditvergabe seit dem Abklingen der Energiekrise nur langsam anläuft. Besonders Großunternehmen waren im dritten Quartal 2024 mit verschärften Kreditbedingungen konfrontiert, insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe. Die Kredithürde für Großunternehmen erreichte einen neuen Höchstwert, während auch der Zugang für KMU schwieriger wurde. Trotz einer geringeren Verschärfung für KMU bleibt die Kreditvergabe in beiden Unternehmensgrößen unter Druck.

## 3. Politik

### Bedeutung der USA als deutscher Handelspartner gestiegen<sup>78</sup>

Die Bedeutung der USA für die deutsche Exportwirtschaft ist im Jahr 2023 gestiegen. Die Exporte in die USA erreichten 2023 einen Wert von 157,9 Milliarden Euro, was 9,9 Prozent der deutschen Exporte ausmachte – der höchste Anteil der letzten 20 Jahre. Die USA sind seit neun Jahren in Folge der wichtigste Exportmarkt für Deutschland. Auch im Bereich der Importe haben die USA an Bedeutung gewonnen, mit einem Importwert von 94,7 Milliarden Euro im Jahr 2023, was dem höchsten Wert seit 2004 entspricht.

Die USA sind seit 2021 der zweitwichtigste Handelspartner Deutschlands, hinter China. Der Abstand zu China schrumpfte jedoch deutlich, und im ersten Halbjahr 2024 überholten die USA

<sup>6</sup> ifo Institut (10.10.2024): [Geschäftsklima für Selbständige auf Talfahrt](#)

<sup>7</sup> Statistisches Bundesamt (16.10.2024): [Bedeutung der USA als Handelspartner Deutschlands hat zugenommen](#)

<sup>8</sup> ifo Institut (24.10.2024): [ifo Institut / EconPol Europe: Deutsche Industrie betrachtet Wahlsieg von Trump als schädlich](#)

# BVMW-Intern

## Ökonomiebriefing 2024/KW43 25.10.2024

China im Außenhandelsumsatz. Deutschlands Exporte in die USA stiegen seit 2003 stark an, und 2023 wurde ein Rekord-Exportüberschuss von 63,3 Milliarden Euro erzielt. Auch im ersten Halbjahr 2024 war der Exportüberschuss mit den USA mit einem Plus von 34,7 Milliarden Euro der höchste im Vergleich zu allen anderen Ländern.

Laut einer Umfrage des ifo Instituts vom September 2024 erwarten 44 Prozent der deutschen Industrieunternehmen negative Auswirkungen auf ihren Betrieb, falls Donald Trump die US-Wahl gewinnt. Für 51 Prozent der Unternehmen macht es keinen Unterschied, ob Trump oder Kamala Harris die Wahl gewinnt. Lediglich 5 Prozent der Befragten gehen davon aus, dass eine Wahl Trumps positive Effekte für ihr Unternehmen haben könnte.

Unternehmen mit engen Wirtschaftsverbindungen in die USA blicken besonders skeptisch auf einen möglichen Wahlsieg von Donald Trump, wobei 48 Prozent negative Folgen erwarten. Auch Betriebe ohne direkte Exporte in die USA befürchten indirekte Auswirkungen, etwa als Zulieferer. Trotz dieser Bedenken plant die überwiegende Mehrheit der deutschen Unternehmen (83 Prozent) keine Anpassungsmaßnahmen. Nur 4 Prozent erwägen eine Verlagerung der Produktion oder Anpassung der Lieferketten, während 13 Prozent noch unentschieden sind, wie sie reagieren würden.

### **BVMW-Position:**

Vor dem Hintergrund der wachsenden Bedeutung der USA für den deutschen Mittelstand stellt die US-Wahl eine große Unsicherheit dar. Donald Trumps Vorschläge für einen Zollgrundtarif von zehn Prozent sowie extreme Zölle würden nicht nur deutsche Exporte verteuern, sondern auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft stark beeinträchtigen. Kamala Harris plant zwar keine drastischen Änderungen der Handelspolitik, doch ihre geplante

Erhöhung der Unternehmenssteuer könnte die US-Wirtschaft bremsen und zu Auftragsrückgängen für deutsche Unternehmen führen. Insgesamt bleibt der Abbau von Handelshemmnissen für die exportorientierte deutsche Wirtschaft und die deutsch-amerikanischen Beziehungen von zentraler Bedeutung.

### **Hubertus Heil will 14 Euro Mindestlohn<sup>9</sup>**

Arbeitsminister Hubertus Heil plant eine Anhebung des Mindestlohns auf 14 Euro, was jedoch laut Arbeitsmarktexperten negative Folgen haben könnte. Eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zeigt, dass fast jeder fünfte Betrieb bei einer Erhöhung Arbeitsplatzabbau erwartet. Mehr als die Hälfte der Betriebe wäre direkt betroffen, was deutlich mehr ist als bei der letzten Anhebung auf zwölf Euro. Die Forscher warnen vor kurzfristigen negativen Auswirkungen auf die Lohnstruktur und die Beschäftigungserwartungen.

Während SPD und Grüne eine Anhebung auf über 14 Euro befürworten, lehnt die FDP dies ab. Laut der Studie beschäftigt mehr als die Hälfte der Betriebe in West- und Ostdeutschland Arbeitnehmer, die weniger als 14,41 Euro verdienen. Besonders in Ostdeutschland wird häufiger nur der Mindestlohn gezahlt. Viele Betriebe befürchten einen Stellenabbau, insbesondere dort, wo bereits der Mindestlohn gezahlt wird, was zu einer vorsichtigen Haltung gegenüber der Erhöhung führt.

### **BVMW-Position:**

Der BVMW lehnt den vorgeschlagenen Mindestlohn von 14 Euro als zusätzliche Belastung für den Mittelstand entschieden ab. Viele KMU haben bereits mit den aktuellen Lohnerhöhungen zu kämpfen. Eine Erhöhung des Mindestlohns über den ab dem 1. Januar 2025 festgelegten Wert in Höhe von 12,82 Euro wäre ein Fehler. Dadurch könnte nicht nur Wettbewerbsnachteile

<sup>9</sup> DER SPIEGEL (21.10.2024): [Bei 14 Euro Mindestlohn rechnet jeder fünfte Betrieb mit Abbau von Arbeitsplätzen](#)

# BVMW-Intern

## Ökonomiebriefing 2024/KW43 25.10.2024

entstehen, sondern auch Arbeitsplätze gefährdet werden, insbesondere für geringqualifiziertere Arbeitskräfte. Zudem gehört der Mindestlohn in Deutschland bereits zu den höchsten in Europa und eine weitere Erhöhung über die Empfehlung der Mindestlohnkommission heraus könnte die Abwanderung von Unternehmen ins Ausland beschleunigen. Wichtiger ist eine Entlastung durch Steuer- und Abgabensenkungen, um die Wirtschaft langfristig zu stabilisieren. Statt den Unternehmen weitere Lasten aufzubürden, sollte die Regierung vor allem Maßnahmen umsetzen, die der Wirtschaft die notwendigen Freiräume überlassen.

Berlin, 25.10.2024

Gez.: Jasper Lücke [jasper.lueke@bvmw.de](mailto:jasper.lueke@bvmw.de)

Dr. Hans-Jürgen Völz [hans-juergen.voelz@bvmw.de](mailto:hans-juergen.voelz@bvmw.de)

BVMW-Intern